

Bildung im Alter für eine demokratische Gesellschaft im digitalen Zeitalter

Der **Fachbeirat „Digitalisierung und Bildung für ältere Menschen“**¹ stellt fest, dass der gesellschaftlichen Bedeutung von Bildung, insbesondere der Tragweite einer alltagsnahen, über eine am Erwerb orientierte hinausgehenden Bildung für ältere und mit älteren Menschen, gegenwärtig weder im politischen Diskurs noch im politischen Handeln ausreichend Rechnung getragen wird. Auf Ebene der Bundesregierung ist derzeit kein eindeutiger Ort auszumachen, an dem sich dieses Handlungsfeld angenommen wird. Dabei ist Bildung ein Menschenrecht, dessen Einlösung eine Aufgabe für Bund, Länder und Kommunen darstellt. Bildung und digitale Zugänge sind für ein selbstbestimmtes Alter und gesellschaftliche Teilhabe unabdingbar. Dies gilt nicht nur für die junge Generation, sondern speziell für die Lebensphase Alter, die mittlerweile einen Zeitraum von 30-40 Jahren umfassen kann. Für ältere Menschen leistet Bildung zudem nachgewiesenermaßen einen wichtigen Beitrag zu Gesundheit und Wohlbefinden und fördert die Lebensqualität.² Digitalisierung wiederum braucht Bildung als Voraussetzung dafür, sie für alle Altersgruppen nutzbar und nützlich zu machen.

Daher empfiehlt der Fachbeirat für die Koalitionsverhandlungen der künftigen Bundesregierung eine „Bildungsoffensive für ältere Menschen“ zu starten:

1. Es ist Aufgabe der Bundesregierung, den Auf- und Ausbau nachhaltiger Bildungsstrukturen voranzubringen.

Um das Ziel „Bildung und Digitalisierung für ältere Menschen“ zu erreichen, sind bereits erste Schritte erfolgreich unternommen worden (zum Beispiel auch

durch Etablierung des Fachbeirats). Einen vielversprechenden Ansatz auf Bundesebene stellt die bei der Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen (BAGSO) angesiedelte „**Servicestelle Bildung und Lernen im Alter**“ dar, eine zentrale Anlaufstelle für lebenslanges Lernen bis ins hohe Alter, deren weiteren Ausbau der Fachbeirat empfiehlt. In diesem Kontext begrüßt und unterstützt der Fachbeirat auch die Umsetzung des vom BMFSFJ 2021 initiierten und von der BAGSO koordinierten **Digital-Pakts Alter** (DiPA) und plädiert für dessen Weiterentwicklung in der folgenden Legislaturperiode. Sein Ziel ist es, Anlaufstellen für den digitalen Kompetenzerwerb älterer Menschen auszubauen und zugleich Bund, Länder, Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft in einem Partnernetzwerk zu verbinden, welches sich gemeinsam für die Stärkung der digitalen Teilhabe Älterer einsetzt.

Bildung im Alter gehört als gesellschaftlich bedeutsame Zukunftsaufgabe verstärkt in die öffentliche Diskussion. Ihre nachhaltige Finanzierung (und damit deren Qualität) ist zu sichern.

Wo immer der Bund auf kommunaler Ebene aktiv mit Fragen der Daseinsvorsorge befasst ist – ob in föderalen Initiativen von Bund, Ländern und Kommunen oder als Impulsgeber in Modellprogrammen –, sollte er sich der „Bildung und Digitalisierung für ältere Menschen“ annehmen, die Akteure im Handlungsfeld unterstützen und vor allem die kommunale Infrastruktur stärken. Benötigt werden hier verlässliche Förderstrukturen.

¹ Der Fachbeirat wurde 2018 auf Empfehlung des vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) initiierten Runden Tisches „Aktives Altern“ (2015-2017) vom BMFSFJ einberufen. Nähere Informationen finden sich auf der Website des Fachbeirats unter: <https://www.digitalisierung-und-bildung-fuer-aeltere-menschen.de/>.

² Rees, Sai-Lila (2020): Gesundheitsbezogenen Erträge von Weiterbildung im Alter. Analysen zum Zusammenhang von Weiterbildung und Gesundheit im Alter auf der Grundlage von Quer- und Längsschnittdaten. Berlin.

2. Auf Ebene der Bundesregierung muss die Verantwortung und Zuständigkeit für Bildung älterer Menschen im Zuge der kommenden Legislaturperiode konkret benannt werden und klar zu verorten sein.

Eine eindeutige Verortung von Zuständigkeiten für das Thema ist Voraussetzung für den gezielten Auf- und Ausbau nachhaltiger Bildungsstrukturen für Menschen im Rentenalter, die über Bildung im Alter hinaus auf ein demokratisches Miteinander der Generationen und Kulturen abzielen.

Zur Initiierung weiterer Schritte sollte der Bund als Impulsgeber alle für dieses Handlungsfeld relevanten gesellschaftlichen Akteure – insbesondere auch ältere und sehr alte Menschen selbst – „an einen Tisch holen“. Die dargelegten Aspekte sind in die „Nationale Weiterbildungsstrategie (NWS)“³ einzubeziehen, die bislang ihren Fokus ausschließlich auf berufliche Bildung und nicht auf Menschen jenseits der Regelaltersgrenze oder auf allgemeine Erwachsenenbildung richtet.

3. Geragogik und Altersforschung sollten als Wissenschaftsbasis und Diskursraum aufgewertet und im Wissenschaftssystem stärker verankert werden.

Ein wissenschaftlicher Diskurs auf Augenhöhe erfordert die Implementierung von Altersbildung an Hochschulen und Universitäten. Ein übergreifender Dialog aller mit dem Altern befassten wissenschaftlichen Disziplinen ist Voraussetzung für eine qualitätsvolle und flächendeckende Umsetzung von Bildungsmöglichkeiten für alle Altersstufen. Darüber hinaus gilt es vor allem, den Dialog mit der Technikentwicklung zu verstetigen – Innovationen mit technischem sowie sozialem Nutzen können nur in Kooperation gelingen. Digitalisierung ist nicht nur ökonomisch, sondern insgesamt gesellschaftlich wirkmächtig. Ihre Nutzung will von älteren, speziell den wenig technikaffinen unter ihnen, erstmal gelernt sein. Dieser Erkenntnis sollte das Förderleitbild der Bundesregierung Rechnung tragen.

4. Eine Didaktik der digitalen Bildung in Theorie und Praxis sollte bis 2029 weiterentwickelt und umgesetzt werden.

Es bedarf der curricular unterstützten Qualifizierung, die ältere Menschen befähigt, sich in einer digitalisierten Welt zurechtzufinden, zu bewegen und zu bilden. Ermöglicht werden soll, das Angebot vorhandener komplexer Informationen als Grundlage des eigenen, demokratischen Handelns wahrzunehmen und zu verarbeiten. Das erfordert Medien und Nachrichtenkompetenz auf individueller Ebene. Um solche Curricula in vergleichbarer Qualität in die Fläche zu bringen, sollte sich der Bund mit den Ländern ins Einvernehmen setzen, wer sie plant und umsetzt.

Ferner braucht es ein bundesweites Netzwerk (mit Leitstelle) von ehrenamtlichen Internethelferinnen und -helfern zur Technikbegleitung, die allen, insbesondere indes älteren Menschen eine Teilhabe an allen digitalen Prozessen in unserer Gesellschaft ermöglichen, Begleitung in die digitale Welt anbieten und helfen, Nutzungsbarrieren zu überwinden. Darüber hinaus sind noch wesentlich mehr Erfahrung- und Erprobungsräume erforderlich, in denen digitale Medien und Technologien von allen niedrigschwellig ausprobiert werden können. Diese können etwa als Weiterentwicklung von bereits bestehenden Begegnungsorten (etwa in Mehrgenerationenhäusern, Seniorenbüros, Freiwilligenagenturen etc.) entstehen.

5. Programme zur Demokratieförderung sollten „Bildung älterer Menschen“ als förderfähiges Ziel aufnehmen.

Das Augenmerk von Maßnahmen der Rechtsextremismusprävention und Demokratieentwicklung richtete sich in der Bundesrepublik bislang traditionell auf die Jugend (z.B. Demokratie leben!), obschon rechts-extreme Einstellungen auch in der Gruppe der Erwachsenen, inklusive der über 60-Jährigen verbreitet sind und ältere Menschen häufiger Falschnachrichten Glauben schenken. Generell spielen Menschen in der nachberuflichen Lebensphase mit ihren Engagementpotentialen eine erhebliche (und absehbar zunehmende) Rolle hinsichtlich der Demokratie-

³ Näheres siehe BMAS / BMBF (Hg.) (2025): Umsetzungsbericht der NWS, März 2025: https://www.bibb.de/dokumente/ablage/NWS-Umsetzungsbericht_M%c3%a4rz%202025.pdf (zuletzt geprüft am 21.03.2025).

entwicklung in Deutschland: Sie stellen eine wichtige Gruppe von Wählerinnen und Wählern dar und decken bereits einen großen Anteil der gesamtgesellschaftlichen Freiwilligen- und Engagement-Arbeit ab.⁴ Ziel sollte sein, die Selbstorganisationsfähigkeit von generationenübergreifenden Gemeinschaften vor Ort zu stärken und zivilgesellschaftliche Initiativen nachhaltig zu unterstützen. Dies würde auch dazu beitragen, zeitgemäße, differenzierte Altersbilder sowie den Generationendialog zu fördern.

6. Die Wissenschaftsförderung durch den Bund im Handlungsfeld muss reformiert werden.

Das Augenmerk technischer Innovation sollte sich vorrangig auf die Nützlichkeit und die Nutzbarkeit (im Sinne von User Experience) für alle Menschen richten. Der Fachbeirat schließt sich der Empfehlung des Achten Altersbericht⁵ (Empfehlung 12, S. 137) an, mit Hilfe eines Gütesiegels das Ergebnis einer Prüfung von „Qualität, Sicherheit, Datentransparenz, Wirtschaftlichkeit und nutzerfreundliches Design“ digitaler Produkte und Systeme sichtbar zu machen. Die Verbreitung „guter“ Innovationen für ältere Menschen sollte vom Bund auf unterschiedlichen Ebenen (etwa in Sozialversicherungen, mit den Instrumenten sozialer Sicherung) gefördert werden.⁶

7. Erforderlich ist eine Transferplattform.

Die Ergebnisse der Forschung im Handlungsfeld müssen zu stabilen Strukturen führen. Ein geeignetes Diskussionsforum zur praxisorientierten Bündelung und Weiterentwicklung vorhandenen Know-hows könnte das DiPA-Partnernetzwerk bieten: Hier sollte das Augenmerk insbesondere darauf gerichtet werden, alle relevanten Akteure zu diesem Thema zusammenzubringen und zu vernetzen, um den Wissenstransfer zwischen Wissenschaft, Praxis und Politik zu fördern.

⁴ Vgl.: BMFSFJ (Hg.) (2024): Engagementstrategie des Bundes, S. 51 [ältere Menschen engagieren sich kontinuierlicher, zeitintensiver und langfristiger als andere Altersgruppen], S. 54 [Potenziale von Menschen in der nachberuflichen Phase wahrnehmen]: <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/251452/ac00fb8963654019ae158f9ae7d7efa6/engagementstrategie-des-bundes-data.pdf> (zuletzt geprüft am 21.03.2025).

Verabschiedet durch die Sprecherinnen und den Sprecher des Fachbeirats im März 2025.

Der Fachbeirat Digitalisierung und Bildung für ältere Menschen will Teilhabe und Selbstbestimmtheit sowie digitale Souveränität älterer Menschen fördern.

Er wird gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ). Das Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik (ISS) e.V. stellt die Geschäftsstelle für den Fachbeirat.

www.digitalisierung-und-bildung-fuer-aeltere-menschen.de

Gefördert vom



Gemeinnützigler e. V.



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

⁵ Deutscher Bundestag (Hg.) (2020): Achter Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland: Ältere Menschen und Digitalisierung, Drucksache 19/21650. Berlin; vgl. <https://www.achter-altersbericht.de/> (zuletzt geprüft am 21.03.2025).

⁶ Ein Unternehmenswettbewerb der BAGSO sammelt und veröffentlicht gute Praxisbeispiele im Bereich.